

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 1.50 M. im voraus zahlbar, bei Postbestellung monatlich 1.50 M. zzgl. Zustellungsgebühren, bei Zustellung unter Streifen 1.75 M. (Deutschland und Österreich), für das übrige Ausland 1.50 M. jährlich Deutschauslieferung.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 10 III. Fernsprecher: Amt Norden 833-36, 2995 und 2806.

Die abgehenden Korrespondenzen oder deren Namen, sowie jede Monatsrechnung, die auch die Familien- und Organisationsangaben werden laut aufgegebenen Anzeigensatz berechnet. Interesse für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 1 Uhr nachmittags in der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 10 Fernsprecher: Amt Norden 833-36, 2995-96, 9708

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Gegenrevolutionärer Putschversuch.

Der Anschlag der Monarchisten.

Roskes Vertraute, Pabst und Lüttwig, als Haupttäter.

Wie wir erfahren, ist festgestellt worden, daß ein Putschversuch von einer nationalen Clique unternommen worden ist. Als Haupttäter sind bereits festgestellt de. Landschaftsdirektor Rapp und der Hauptmann Pabst. Der geplante Putsch soll angeblich nur eine Änderung der Regierungsform zum Ziele gehabt haben. Was in Wirklichkeit dahintersteckt, ist bisher nicht bekannt. Der Putschversuch ist rechtzeitig entdeckt, die notwendigen Gegenmaßnahmen sind von der Regierung getroffen worden. Soweit die Beteiligten zu ergreifen waren, sind sie in Schutzhaft genommen worden. Rapp und Pabst konnten sich durch rechtzeitige Flucht der Festnahme entziehen. Wie wir weiter erfahren, ist an dem Putschversuch auch General Lüttwig beteiligt. Andere Generale sollen nicht daran teilgenommen haben. Sie mißbilligen den Putschversuch.

Wir wie weiter erfahren, sind Schutzhaftbefehle erlassen worden gegen den Hauptmann a. D. Pabst, gegen den General-Landschaftsdirektor Dr. Rapp, gegen den Schriftsteller Grabowski und den Schriftsteller Schnißler. Pabst und Rapp sind entwichen, Grabowski liegt krank im Bett, nur Schnißler wurde verhaftet. Der Schriftsteller Grabowski war früher Presschef der Garde-Kavallerie-Schützen-Division, die im Edenhotel ihr Quartier hatte.

Als Motivierung für die Schutzhaftbefehle wird angegeben, daß diese genannten Persönlichkeiten verfassungswidrige Unternehmen gegen die Regierung zu planen scheinen. Die Gesamtlage erschien den beteiligten Faktoren so, daß ein sofortiges Eingreifen unbedingt am Platze erschien. Das Oberkommando in den Marken hat für die Garnison Berlin und die Sicherheitswehr Latzwerkeitshaus angeordnet.

Die vorsichtige Regierung.

Berlin, 12. März.

W. T. B. meldet: Von zufälliger Seite wird mitgeteilt: In Berlin hat seit einiger Zeit eine recht radikale Clique eingelebt, deren Bestrebungen auf gesch- und verfassungswidrigen Umsturz hinauslaufen und die versucht hat, auch militärische Stellen für ihren Plan zu gewinnen. Es kann festgestellt werden, daß die in Opposition gegen die Regierung stehenden Rechtsparteien der Nationalversammlung sowie der preussischen Landesversammlung dieser Sache fernstehen. Selbst weite Kreise konservativer Richtung lehnen die Desperadepolitik der rechtsparteilichen Clique reslos ab.

ab. Zumecht ist gegen eine derartige mit nationalliberalen Schlagworten arbeitende Gruppe besondere Vorsicht am Platze. Die Reichsregierung wird diese Vorsicht walten lassen und mit schärfsten Mitteln gegen die Drahtzieher und Leiter der Bewegung einschreiten. Daher ist auch über eine Reihe von beteiligten Persönlichkeiten die Schutzhaft verhängt worden.

Die Schuld Roskes.

Was wir längst vorausgesetzt haben, ist Tatsache geworden. Ueberrascht kann davon nur derjenige sein, der die Zustände in der Reichswehr nicht kannte oder die Augen bewußt vor der reaktionären Entwicklung innerhalb der Truppen geschlossen hielt. Daß es so weit gekommen ist, ist eine Folge der Politik Roskes, der alles daran gesetzt hat, um reaktionären Offizieren die Führung in der Reichswehr unbeschränkt zu überlassen, der nichts getan hat, um die wenigen Offiziere, die von den Reaktionären wegen ihrer republikanischen Gesinnung verfolgt wurden, vor diesen Verfolgungen zu schützen. Er allein trägt die Verantwortung dafür, daß Wehrmänner zu solcher Tat schreiten konnten, ohne Rücksicht darauf, daß sie damit eine Gefahr für das ganze deutsche Volk heraufbeschwören.

Der Versuch zeigt, zu welcher Höhe sich der Uebermut der Reaktion bereits gesteigert hat. Wenn das Unternehmen nicht gelungen ist, so ist das nicht ein Zeichen für die Widerstandskraft der Regierung, sondern nur ein Merkmal dafür, daß die leitenden politischen Kreise der Reaktion den Augenblick für ein Deschloßen auf der ganzen Linie noch nicht für gekommen erachteten, wie Graf Polakowski erst in einer seiner letzten Reden in der Nationalversammlung eingeschanden hat.

Daß die Regierung auch jetzt noch nicht wagt, die Größe der Gefahr in vollem Umfange einzugestehen, zeigt die Meldung des offiziellen Wolff-Büros, in der sichtlich der Versuch gemacht wird, die Bedeutung des Vorfalles abzuschwächen. Bezeichnend ist es, daß die Regierung wie beiläufig davon spricht, daß gegenüber dem Treiben der reaktionären Claque „eine gewisse Vorsicht“ am Platze sei. Eine gewisse Vorsicht — sonst nichts.

Es bleibt mir die eine Hoffnung, daß die rechtssozialistische Arbeiterschaft angesichts dieser bedrohlichen Situation erkennt, daß sich die deutsche Arbeiterklasse zur Abwehr der Reaktion zu vereinigen hat und daß dieser Wehrkampf gleichzeitig ein Kampf gegen jene Elemente in der Regierung sein muß, die das Anwachsen der Reaktion bewußt gepflegt haben.

Aufgaben der Elternbeiräte.

K. K.-L. Das Proletariat, der „Lobfeind der bürgerlichen Gesellschaft“, kann in der Neueinrichtung des Elternbeirats nur ein neues Kampffeld für seine sozialistischen Bestrebungen sehen. Solange es noch Ausbeuter und Ausgebeutete gibt, — solange kann Erziehung sich nur kümmerlich entfalten, — solange wird Bildung das Privileg der bevorrechteten Klasse sein, solange aber bedeutet auch Sozialist sein, revolutionärer Kämpfer sein. Doch die Normen des revolutionären Kampfes sind mannigfaltig. Manchmal tragen Mut und Entschlossenheit das Sturmbanner des Sozialismus in schnellem Siegeslauf voran, meist aber ist es ein hohes Ringen, ein langwieriges Vordrängeschreiten von Stufe zu Stufe. Der Kampf um die Schule ist eine solche Spinnwebarbeit der Aufklärung, der Beseitigung von Mißständen und des Kampfes um Entwicklungsmöglichkeiten. — Unsere Elternbeiräte haben dementsprechend ihre Arbeit anzunehmen.

Aufklärungsarbeit ist vor allem zu leisten, Aufklärung über die Erziehung des Sozialismus durch Arbeit und Gemeinshaft, Aufklärung über auch in den Köpfen der Eltern und Lehrer. Überall hat die herrschende Klasse in die Schmach noch reinem, wachsendem Menschentum die Spinnwebarbeit ihrer Profit- und Herrschaftshinzuverweben, überall müssen Vorurteile überwunden werden. Den Lehrern und Oberlehrern, die unter der Krante des alten Systems groß geworden sind, die begeißelt das Schloß des Monarchismus und des Besitzes gesungen haben, muß das Verständnis für die Ziele des Proletariats nähergebracht werden. Die Eltern müssen verkennen, die große Erziehungsaufgabe der Gemeinshaft unter der feindseligen Selbstsucht ihrer Familieninteressen zu sehen. Gemein werden muß der Sinn dafür, daß die Erziehung Sache der Gemeinshaft ist. Die bürgerliche Gesellschaft erkört allerdings mit bestechender Gewandtheit, Erziehung sei Familienrecht und — Pflicht. Doch ist es nicht gerade die kapitalistische-bürgerliche Gesellschaft, deren Ausbeutung die Familie zerstört und die Existenzmöglichkeiten des Proletariats so weit verengt hat, daß für ernsterliche Fürsorge oftmals auch die notwendigen Voraussetzungen fehlen? Wenn bereits im Jahre 1916 in Groß-Berlin etwa 25 000 Wohnungen ohne ein heizbares Zimmer und 500 000 Wohnungen mit nur einem heizbaren Zimmer gepflastet wurden, und in jeder dieser Ein-Zimmer-Wohnungen 5 bis 18 Personen wohnen, wenn unendlich viel Kinder ohne Stoffe und ohne Frühstück zur Schule müssen, voll ungezügelter sind, unzureichend gekleidet, unterernährt, stark und kränzlich aussehen, — dann gehört die ganze Verantwortlichkeit bürgerlich-kapitalistischer Verunft dazu, um die Erziehung für eine Privatfache der Familie zu erklären. Hier haben die proletarischen Elternbeiräte die Pflicht, immer neues Material herbeizuschaffen, um das Bewußtsein der Gemeinshaft zu beeinflussen und Maßnahmen zu beraten, vorzuschlagen und zu fordern, die der körperlichen Verelendung der proletarischen Jugend entgegenarbeiten. In einer solchen Reformarbeit hat das Proletariat das allergrößte Interesse; denn Verelendung und Krankheit machen Stumpf und Dumm, revolutionärer Kampfgeist gedeiht besser an dem trostigen Mut einer kraftbewußten, starken Arbeiterschaft.

Die Verfügung des Ministers schränkt die Tätigkeit des Elternbeirats auf Beratung ein. Unsere Elternbeiräte sollen sich dadurch nicht schrecken und an der tatsächlichen Vorarbeit abhalten lassen. Unsere Elternbeiräte sind Beauftragte des Proletariats, sie sollen das Material sammeln und sollen es dann vortragen, und so laut und nachdrücklich, daß sie gehört werden müssen. Und von den Elternbeiratsmitgliedern sollen sie es in die öffentlichen Versammlungen tragen und mit unseren Vertretern in den städtischen und staatlichen Körperchaften sollen sie versuchen, ihre Forderungen durchzusetzen.

Zum Schulbetrieb gehört die Schulpflicht, gehört die Schulpflicht. Hier liegt gar vieles noch im Argen. Unsere Elternbeiräte müssen die Mütter des Proletariats fragen, was fehlt und käldest gemacht wird, damit sie darauf dringen können, daß Mißstände, die der nicht hochfundi- büreaukratismus hervorgerufen hat, beseitigt werden. Zu weite Wege, käldest gelegte Steine dürfen nicht daran hindern, daß die Schulpflicht ihren Zweck erfüllt. Auch auf dem Gebiete der unentgeltlichen Bekleidung kann durch Bestimmung bestehen Maßnahmen.

Neue Verwicklungen mit der Entente.

Berlin, 11. März.

W. T. B. verbreitet folgende amtliche Meldung: Die französischen Soldaten, die sich in Berny des Willens schuldig gemacht haben, gehören zu der alliierten Kommission, der die Überwachung des Flugwesens obliegt. Diese Kommission wird von dem englischen General Messer mann geführt, der dem künftigen Amt auch bereits das Ergebnis einer von ihm angeordneten Untersuchung des Vorfalles überreicht hat. Der französischen Regierung wurde wegen der Vorkommnisse im Hotel Adlon das Bedauern ausgesprochen, weil hierbei außer Mitgliedern interallierter Kommissionen auch ein Herr in Mitgliedschaft gezogen worden war, welcher zu der in Baden-Baden tätigen französischen Kommission gehört. Im Falle Berny haben wir es also mit der Entente als Ganzem zu tun.

Paris, 11. März.

Nach einer Cavadebung steht zu erwarten, daß die französische Regierung für den in Deutschland gestiegenen französischen Soldaten eine bedeutende Entschädigung verlangen wird. Ähnlich wie im Falle des Nachtweilers Ravnitzky.

Paris, 11. März.

Die Bolschewistenkonferenz beschäftigte sich mit den Zwischenfällen vom Dezember in Wemel aus Anlaß der Anwesenheit der interallierten baltischen Kommission unter dem Vorsitz des Generals Niebel. Die Konferenz hat entschieden, der deutschen Regierung eine neue Note, die, wie der „Temp“ sagt, in sehr seltenem Ton gehalten sein soll, zu überreichen. Das „Journal des Debats“ sagt sogar, sie sei in außerordentlich scharfem Ton gehalten.

Die Verstaatlichung der englischen Bergwerke.

London, 12. März.

Der Gewerkschaftskongress, der gestern in Westminster stattfand und über den Streik der Bergarbeiter abstimmen sollte, lehnte mit großer Mehrheit die Politik der direkten Aktion ab, die bedeutet, mit Hilfe des Generalstreiks die Verstaatlichung der Gruben durchzusetzen. Für den Streik wurden eine Million, dagegen 3 800 000 Stimmen abgegeben. Mit der gleichen Stimmenanzahl wurde ein Antrag angenommen, auf gewöhnlichem politischen Wege die Verstaatlichung der Gruben zu erreichen.

Leiten und Verhältnisse. Hier gilt es oftmals, energisch eingreifen. Das Besondere der Schulzeit, der Beginn des Unterrichts, der Nachmittagsunterricht, die Festlegung der Zeit für den Religionsunterricht, — all das sind Fragen, die häufig genug ohne soziales Verständnis gelöst werden und bei denen die Arbeiterklasse durch die Elternbeiräte ihr Interesse wahren muß.

Dann aber die vielen Mängel im inneren Schulbetrieb! Lehrer, die den engherzigen Standpunkt ihrer politischen Gewöhnung nicht in Schranken halten können, Lehrer, die jähzornig und brutal sind, sind mit allem Nachdruck öffentlich unzulässig zu machen. Endlich müssen unsere Elternbeiräte darüber machen, daß nicht der verheerende Geist des Monarchismus, des Militarismus und der kirchlichen Frömmerei auf dem Umwege über die Schule wieder bei uns einziehen. Diese nationalen Chauvinisten und religiösen Minderherden vor nicht zurück, mochte doch neulich ein Oberlehrer in einer Gemeinde, in der die U.S.V. weitläufig die Mehrheit bildet, die Sextaner zu einer Kaisergeburtstagsfeier zu vereinigen. Und selbst in Berlin wird noch heute vom guten Kaiser erzählt, „Sei dir im Siegerkranz“ gelungen und der Aufsichtunterricht zum Hohenzollernfest gemißbraucht. Selbst in Gemeindefestungen, die in Arbeitervierteln liegen, mag man, die Sozialisten und Unabhängigen im unpolitischen Unterricht zu bestrafen. Die Schikanen gegen die Kinder, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, wollen nicht aufhören, und man verliert immer wieder im Deutsch- und Gesangsunterricht auf Umwegen das konfessionelle Gift einzuträufeln. Diesen Nutzen haben unsere Elternbeiräte zu gesellen und Mittel und Wege zu suchen, um ihn unmöglich zu machen.

Und mit den häuslichen Aufgaben, die die Schule stellt, haben sich unsere Elternbeiräte zu befassen. Sie haben dafür zu sorgen, daß diese Aufgaben nicht so gestellt werden, daß die meisten Schüler sie nicht ohne die Nachhilfe der Eltern oder älteren Bekannten machen können; das Haus soll keine Fikale der Schule sein. Aber auch den Eltern muß gesagt werden, daß sie nicht zur Befriedigung eines schlechtverstandenen Ehrgeizes die Kinder mit ihren Schularbeiten drangalieren. Vor allem aber ist es nötig, daß die Elternbeiräte darüber machen, daß die Kinder zu Hause die Möglichkeit haben, ihre Schularbeiten zu machen. Dabei wird sich bald das ganze Wohnungsproblem aufzuheben und es wird sich zeigen, daß zu Hause keine Möglichkeit zu ruhiger Arbeit gegeben ist. Die Elternbeiräte haben daher darauf zu dringen, daß in der Schule Räume für den Aufenthalt und für die Schularbeit bereitgestellt werden.

Auch um die Verhältnisse der Schüler haben sich die Elternbeiräte zu kümmern. Oftmals sind Erkrankungen im Hause, Mangel an Schuhen, Strümpfen und beiler Kleidung die Ursache, und erheblicher Unerschoß rächt dann an den Kindern die Sünden unserer Wirtschaftsverhältnisse. In einer Gemeinde, in der der soziale Einfluss ziemlich stark ist, hat man folgende Schulverhältnisse eingerichtet, die den Kindern unentgeltlich die Schuhe stellen. Die Elternbeiräte können dahin wirken, daß in den Schulen im Handarbeitsunterricht nach dieser Richtung hin praktisch soziale Arbeit gelehrt wird. Zu gleicher Zeit würde ein erzieherischer Faktor, der in allem Arbeitsunterricht durchaus wirksam zu machen ist, zur Geltung kommen. In den bürgerlichen Vorschlägen für die Arbeitsschule wird mit Recht auf die vielfältigen Bildungsmöglichkeiten der Arbeit hingewiesen. Doch es wird meist vergessen, daß Arbeit erst dann vollwertig ist, wenn sie gesellschaftlich notwendig ist. Erst an der gesellschaftlich notwendigen Arbeit entwickelt sich das Bewußtsein der Verantwortlichkeit und Solidarität. Die Schule darf sich dieses Erziehungsmoment nicht entgehen lassen, und es wird

Aufgabe unserer Elternbeiräte sein, der Schule den Weg zu zeigen. In den Mädchenschulen muß darauf gedrungen werden, daß vor allem die eigenen Ausbesserungsarbeiten an Wäsche, Kleidern und Strümpfen usw., und zwar in solidarischer Weise, gemacht werden, und auch in Knaben Schulen kann an Stelle der Luxus-, Papp- und Sägearbeit Stiefel-, Gesohlen- und Schuharbeiten gewagt werden. Die Schulgemeinschaft nutzbar gemacht werden. Geschicklichkeit gehört gemein dazu; Hand und Auge werden dabei geübt, Geduld und Ausdauer sind notwendig, — und welche Freude ist mit dem Erfolg verbunden, wenn eine Sohle dann sicher und fest, und sauber und geglättet, wie nur im besten Schuhladen, aus den Händen unserer Jungen hervorgeht! Das soll nur ein Beispiel sein. Unsere Elternbeiräte werden noch andere Möglichkeiten und Notwendigkeiten ausfindig zu machen haben.

Unsere Elternbeiräte müssen weiter dahin wirken, daß im Sommer der Unterricht ins Freie verlegt wird, daß Ausflüge und Spaziergänge an Stelle des unnatürlichen Festhaltens treten. Bei der Nahrungserziehung und Schwächung unserer Jugend ist natürlich auch vor körperlicher Überanstrengung zu warnen. Die Elternbeiräte müssen gewährleisten, daß empfindliche Thermometer für die proletarische Elternschaft sein. Bei der Veranschaulichung, bei der Weiterbildung über das 14. Jahr hinaus haben unsere Elternbeiräte mitzumachen, vor allen Dingen aber müssen sie die Schüllinge unserer proletarischen Jugend gegen die Bevorzugung und Bevorrechtung der „goldenen Jugend“ sein.

Die Aufgaben gehen natürlich weit über den Rahmen des hier Angeführten hinaus. Bereits die ersten kostenden Versuche zur Einheitschule geben Anlaß zu größter Wachsamkeit der Elternbeiräte. Mit der wachsenden Not werden auch die sozialen Aufgaben der Elternbeiräte zunehmen. Unsere Elternbeiräte werden mit dem geschlossenen Widerstande des Bürger- und Kleinbürgertums zu rechnen haben, es wird daher selbstverständlich sein, daß auch sie geschlossen ihre Interessen vertreten werden. Ueber den Rahmen der einzelnen Schule hinaus werden die einzelnen Gemeinden, Distrikte und Bezirke sich zu einheitlichen Elternbeiräteverbänden zusammenschließen müssen, schon um mit größerer Macht die proletarischen Forderungen durchzusetzen. So verhalten sich die Lehrer, Eltern und Schüler der einzelnen Schulen sein mögen, überall muß der Kampf gegen das gleiche reaktionäre Schulsystem gerichtet sein. Für diesen Kampf genügt es natürlich nicht, wenn jährlich einmal — wie die Mindestforderung ist — der Elternbeirat zusammentritt, sondern wenigstens monatlich einmal werden unsere Elternbeiräte die Zusammenarbeit verlangen, und wenn sie ihre Pflicht tun, dann werden sie genügend Stoff zur Beratung und Auffklärung finden. Es sei ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß das Lehrerkollegium der Schule oder ein Drittel der Elternbeirätemitglieder jederzeit die Einberufung des Elternbeirats verlangen können. In der Anwesenheit von Lehrern in den Elternversammlungen ist kein Fehler zu erblicken, wenn unsere Genossen sich nicht mit schönen Nebenarten abtun lassen, sondern sich bewußt bleiben, daß sie die Vorkämpfer für eine sozialistische Erziehungsgemeinschaft sind.

Eine freie Reichsschulkonferenz. Der Reichsbund entschiedener Schulreformer veranstaltet unmittelbar vor der amtlichen Reichsschulkonferenz eine freie Reichsschulkonferenz. Sie beginnt am 31. März, nachmittags 2 Uhr, in den Räumen des ehemaligen Reichsanwalts und ist für jedermann zugänglich. Es empfiehlt sich, schon jetzt Karten zu bestellen bei: Prof. phil. Hilde Roffe, Berlin W. 15, Joachimsthaler Str. 17.

Das Urteil im Helfferich-Prozess.

Berlin, 12. März.

Der Angeklagte Exzellenz Dr. Helfferich wurde wegen fortgesetzter Verleumdung im Sinne der §§ 185/186 zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Ferner wurde die Einziehung der Broschüre „Fort mit Erzberger“, sowie mehrere Exemplare der „Kreuzzeitung“ und der zu ihrer Herstellung benutzten Platten und Formen angeordnet.

Dem Nebenkläger, Reichsfinanzminister Erzberger, wird das Recht zugesprochen, binnen zwei Wochen das Urteil in der „Kreuzzeitung“ am Kopfe des Blattes zu veröffentlichen. Die Kosten des Verfahrens werden dem Angeklagten auferlegt.

Urteilsbegründung.

Das Urteil ist davon ausgegangen, daß dem Angeklagten der Wahrheitsbeweis im wesentlichen gelungen ist. Der Nebenkläger habe, so sehr man seine gute Eigenschaften, seine Begabung, seinen Fleiß und seine Nüchternheit anerkennen müsse, einen erheblichen Mangel an Urteilskraft und eine erschreckende Ungenauigkeit gezeigt. Er habe als Minister in unwürdiger Weise Einwirkungen auf Privatpersonen geübt. Im Falle Thyssen habe er, obwohl die Interessen der Firma dem Staatsinteresse gegenüberwärtig, sich für das private Unternehmen, an dem er gekhöflich beteiligt war, in unzulässiger Weise bei den Behörden verwandt.

Das Verhalten Erzbergers in der Angelegenheit der Wendel war unkorrekt und seine veränderliche Haltung nur mit seinem Ausweichen aus den holländischen Aufsichtsräten zu erklären.

Das Schiedsrichtergutachten im Streit der Firma Metzger mit dem Konkamat hatte Erzberger als Abgeordneter und Mitglied der Budgetkommission unter seinen Umständen annehmen dürfen; sein Verhalten in dieser Angelegenheit war unanständig. Insbesondere ist zu bedauern, daß sich Erzberger noch als Staatssekretär unter Verschweigung seines hohen Amtes für die Firma bei amtlichen Stellen verwandt hat.

Im Falle Anhalt habe sich Erzberger durch den Kommerzienrat Neuberger eine hohe Beteiligung zusichern lassen, obwohl er sich beim Festen jeder Festsumme logen mußte, doch als Gegenleistung von ihm die Einsetzung seines politischen Einflusses für das Unternehmen gefordert wurde.

Was den Kauf der Sabag-Aktien angeht, so besteht kein Zweifel, daß Erzberger nicht aus vaterländischen Interessen zu dem niedrigen Kurs gekauft habe, sondern in der Erwartung, daß die Aktien steigen würden. Es liegt hier Vermutung oblicher Kenntnisse ganz persönlicher Vorteil vor.

Der Fall Böckler, das Verhalten Erzbergers bei der Friedenduktion und bei der Weisung des Reichsanwalts v. Beckmann Volkow haben bewiesen, daß Erzberger zu politischen Lügen neigt. In der Verhandlung selbst habe Erzberger seine eidliche Aussage in zwei Punkten in laßfertiger Weise abgelehnt.

Im Falle des Fiellvereins habe Erzberger zwar den Diebstahl nicht veranlaßt, aber das Material in unzulässiger Weise verworfen.

Auf ein ähnliches Verhalten anderer Abgeordneter könne sich Erzberger nicht berufen, da eine solche allgemeine Korruption — wenn sie als noch unkorrupt würde — einen Mißbrauch noch nicht heiligen würde. — In einigen wenigen Punkten ist der Wahrheitsbeweis nicht erbracht.

Der Schluß des § 193 war dem Angeklagten nicht unbillig. Bei der Festlegung der Strafböhe ist berücksichtigt worden, daß der Angeklagte aus vaterländischen Beweggründen gehandelt hat, mag ihm auch der Ochs gegen Erzberger die Feder geführt haben.

Völkerveröhnung in der Schule.

Die Bestrebungen einzelner, den Krieg mit seinen verheerenden Folgen durch Wort und Schrift in den Augen der Zeitgenossen verächtlich zu machen und dadurch zu bekämpfen, gehen weit zurück. Auch Kant fand in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ für diese Gedanken berechtigen Ausdruck. Aber diese Stimmen der Vorzeit in der Wüste verhallen wirkungslos. Erst in der letzten Hälfte des vorigen Jahrhunderts wurden diese Bestrebungen in größerem Maßstabe planmäßig durch größere Vereinigungen von Menschen wieder aufgenommen. Es bildeten sich die Vereinigungen der Pazifisten, und namentlich der Aufstieg der sozialistischen Parteien in allen Kulturländern Europas kam dem Gedanken der Völkerveröhnung zu Hilfe. Leider haben aber beide es nicht vermocht, den Ausbruch des Weltkrieges zu verhindern. Dies liegt daran, daß die bisher benutzten Methoden unzulänglich waren.

Man ging zunächst nach Art aller Utopisten daran, die kulturzerstörende Wirkung des Krieges durch die Wissenschaft gahlenmäßig darzustellen und glaubte durch einen Appell an das gute Herz der herrschenden Klasse etwas zu erreichen. Man trug aus der Statistik, Nationalökonomie und Biologie ein überreiches Material zusammen, um für den Anti-Kriegsgedanken eine theoretische Grundlage zu schaffen. Den Intellektuellen ist eben nur mit wissenschaftlichen Erkenntnissen und ebenso begünstigten Gesetzen beigegeben. Aber selbst diese verlagten am Kriegesfall.

Gleichzeitig versuchten friedensfreundliche Rechtslehrer durch Hefere Fundierung des Völkerveröhnung und namentlich der Teile, die auf den Krieg Bezug haben, dieser Rute der Menschheit beigegeben. Sie suchten durch Ausbau des Schiedsgerichtswesens den geschlossenen Zustand zwischen den Einzelstaaten durch einen Rechtszustand zu ersetzen. Wenn auch die Schiedsgerichte schon manche Kriege durch ihre sorgfältige Tätigkeit verhindert haben, so standen doch nicht alle Kriege, namentlich das frühere Deutschland nicht, hinter diesem Gedanken, um ihm die Macht zu verleihen, die er hätte besitzen müssen, um unfehlbar kriegsverhindernd zu wirken.

Die dritte Methode wurde namentlich von den politischen Parteien gepflegt. Sie beruht auf der Erkenntnis, daß in den meisten Fällen die heute noch überwiegend herrschende kapitalistische Gesellschaftsordnung und ihre schädlichen Folgerungen in den Staatsverhältnissen die Hauptursache an den Kriegen tragen. Nach dieser Anschauung kann hier nur eine Veränderung im demokratischen Sinne eine Besserung herbeiführen. Nur durch Verwirklichung und endgültige Abschaffung des Kapitalismus wird eine dauernde Ausschaltung der Kriege aus dem Völkerveröhnung möglich werden. Doch auch die sozialistischen Mehrheitsparteien Europas verfielen im August 1914.

Wenn nun ausgeführt werden muß, daß alle drei Methoden, wissenschaftliche, rechtliche und politische, ihre Verwirklichung

und große Bedeutung für die Frage der Bekämpfung der Kriege haben, so ist es doch eben leider Tatsache, daß sie alle drei zusammen nicht den grausamsten Weltkrieg zu verhindern fähig waren.

Es bleibt nun noch eine letzte Methode, die namentlich heute stärker betont werden muß und besonders von der sozialistischen Lehrerschaft aller Länder in Angriff genommen wird. Nämlich die psychologische-pädagogische. Sie bildet in den sozialistischen Schulprogrammen einen wichtigen Punkt und große der Gedanke der Friedenserziehung bildet neben dem der Proletariatsbildung das einigste Moment der internationalen Lehrerorganisation, die erstulidierende „maschier“. Kurz gesagt, ist der Gedanke der Friedenserziehung der, in der Schule alles zu fördern, was die ganze geistige Atmosphäre unserer „Kultur“ zu ändern geeignet ist.

Dr. L.

Wedekinds „König Nicolo“

im Theater L. S. Königsgräber Straße.

Thron und Galgen, König und Parlella — das sind die Standbilder von Franz Wedekinds Schauspiel „König Nicolo“ oder „So ist das Leben“. Unter buntem Hüttentum verbirgt eine Seele. Wedekind, damals noch von derselben Menge verhöhnt und verachtet, die ihn heute als ihren Abgott schimpfeln, spricht aus diesem Drama von sich selbst. Der König, der von der Revolution abgesehen, zum Hofnarren seines von unten herankommenden Nachfolgers wird, findet weniger vom tragisch-narrischen Herrscherdrama, als von seinem Dichtersinn, als Vollenreiter auf dem literarischen Markte nimmerstanden zu werden. Wie verblüht uns heute auf der Bühne der König, der als Gaukler in seinem Vande umhertritt, vor der Wirklichkeit des Schicksals, grausam einseitigen Narren, der die Krone trug. Dieses posthumste Drama erwidert mir und Kurt Eisner hat es und in seiner „Wörterprüfung“ gebichtet. Mehr kämpferisch und in die Gegenwart gerichtet, als Wedekind romantisch und — sagt mir es offen — rückwärts abwärts. Wieviel Abgestorbener, Ueberlebter haftet doch dieser Komödie an, zumal in der geistigen Darstellung unter der Regie Karl Reinhardt, die hinter Aufführungen früherer Jahre zurückbleibt. Es war alles zu schwer genommen; nicht auf großem, lombardischen Hintergrund, in Jahrmärkten und wehm Gaukelspiel entrollte sich eine toll verarbeitete, bitter humorvolle Tragödie des Menschlichen, sondern aus Ludwig Gaxius vertiebtrem König Nicolo sprach von Anfang bis zu Ende einwärts trotz aller Verleumdungen ein höherer Klasse, ein schwerblütiger Riese, dumol großend, fast groß aussehend in Hütten und Schürzen. Die ganze Aufführung, die auch sonst keine schauspielerisch hervorzuhebenden Merkmale hat und selbst in der Wilke-Verben (die als die prägnante Tochter Nicolos gesticke) durchschneidet, muß

bleib, hatte nur auf der Glenden-Kühnheit, kein „Hochgericht“ unter dem Galgen, jenseits des Reis. Die Dekoration des „Thronsaals“ konnte aus den alten Schmuck des Hoftheaters stammen. Die Bühnenmusik von Edmund Kühnke verband die Silber mit gefühlvollen Wohlklang. E. B.

Das Neue Volkstheater in der Köpenicker Straße, das morgen mit Hermanns „Hofnung am Regen“ eröffnet wird und dieses Stück an allen Tagen der folgenden Woche wiederholt, soll einen wesentlichen Spielplan erhalten. Von modernen Stücken sind u. a. auch Kührners „Die Gewaltlosen“ erworben worden. Hoffentlich löst sich die Volkstheater am frühen Morgen bei fundamentalen Werken nicht allzu oft aus dem Rahmen.

Im Kaisertheater wurde gestern vor ausverkauftem Hause und einem beifälligen Publikum eine lustige, am Verwechseln reiche Komödie „Ein alter Händer“ von Hans Schmasow gegeben. In den Hauptrollen spielen besonders Hans von der Hagen und Viktor Löffel als Kommissar.

Im Theater am Zoo spielt denn in Porten in einem lustigen bayerischen Dialekt „Schiffchens Töchter“ ein Doppelstück und zeigt, daß sie ihr Publikum auch anspruchsvoll herab im Galle der „Hilfen der Väter“ zu unterhalten vermag. Der Film, von Ernst Lubitsch inszeniert, hat nicht die künstlerische Höhe und Originalität seiner besten Schöpfungen „Die Puppe“, hebt aber mit einigen sprachlichen Einfällen und hübschen Szenenarrangements aus dem alten Dialekt sich heraus. Auch Jennings, Leible und Wangenheim können gefallen.

In der Komischen Oper findet Sonnabend die fünfte und zugleich vorletzte Aufführung des Schauspiel „Die Fische“, Montag die achthundertste Aufführung der Operette „Schwarzwaldbühne“ statt.

Der Theaterbesucher Frank ist wie der mit ihm aus einer kommunistischen Verlesung heraus vertriebene Fritz Müller aus der Halle entlassen. Hier haben also die Proleten gegen das unzulässige Vorgehen Kassel gehalten; dagegen ist der Theater- und Theater der „Kommunistischen Theater“ noch in Schulpfort. Es ist fest, das unzulässige Verlesungstreffen, dessen Bestehen gegenüber den im Zustande vertriebenen Kämpfern, daß der Schriftsteller Dr. Andreas Hoff verstanden aber hier gerichtet worden ist, fest, daß sich Kahl in Vabopeter Park sanatorium aufhält und vollkommen noch heilbar.

Der Kongress der Antilekturken. Dem „Salzburger Volksblatt“ zufolge wird geplant, den ersten europäischen und amerikanischen unpolitischen Kongress Antilekturken demnächst in Salzburg abzuhalten, da dessen Abhaltung in Bern auf Schwierigkeiten stößt. Es hätten nämlich die deutschen, österreichischen und belgischen Delegierten den Einwand erhoben, daß bei dem Fehlen der Schweiz ein Aufenthalt in der Schweiz für sie zu kostspielig wäre. An dem Kongress sollen die Claris-Gruppe mit Romain Rolland und Henri Barbusse, deutsche, englische und nordamerikanische sowie amerikanische Delegierte teilnehmen.

Der Roman eines neuen russischen Erzählers: „Die schwere Stunde“ von Viktor Pulin (im Verlage von Paul Cassirer) schildert die Kämpfe im belarussischen Weslau. Es ist die erste literarische Wertschätzung aus dem russischen

Der Kampf um die Betriebsräte.

Genosse Paul Blumenthal, Mitglied der engeren Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes, schreibt uns:

In der Lebensausgabe vom Donnerstag, den 11. März, werden unter obiger Überschrift in einem Artikel von Richard Müller Ausführungen gemacht, die nach meiner Meinung sehr dazu geeignet sind, Verwirrung in die Köpfe der Berliner Arbeiter zu tragen.

In dem ersten Teil seines Aufsatzes sagt Genosse Müller nicht ohne Grund, die Gegensätze, die in den Beschlüssen des Nürnberger Gewerkschaftskongresses gegenüber den Beschlüssen des Stuttgarter Metallarbeiterverbandstages liegen, sind der Öffentlichkeit hinreichend bekannt. Wenn in Nürnberg die Forderung der Betriebsräte als das alleinige Machende der Gewerkschaftspraxis anerkannt worden ist, so ist es dem Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nicht verborgen geblieben, daß der Verbandstag der größten deutschen Gewerkschaft in seinen Beschlüssen sich im entgegengesetzten Sinne festgelegt hat.

Es ist ein alter gewerkschaftlicher Grundsatz, daß die Mitglieder einer gewerkschaftlichen Organisation in erster Linie die gefassten Verbandstagsbeschlüsse anerkennen und ihre Tätigkeit innerhalb der Organisation danach einrichten müssen. Da der letzte Metallarbeiter-Verbandstag die Arbeitgemeinschaften abwickelte und sich auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes stellte sowie das Rätekampfsystem forderte, dessen Organe den revolutionären Klassenkampf vorzubereiten und durchzuführen haben, so liegt darin ein direkter Gegensatz zu den Beschlüssen des Nürnberger Gewerkschaftskongresses. Der Vorstand des A. D. G. B. hätte die größte deutsche Gewerkschaft wegen der grundverschiedenen Auffassungen der gefassten Beschlüsse aus dem Gewerkschaftsbund ausschließen können. Da er es nicht getan hat, hat er dokumentiert, daß er sich mit diesen Gegensätzen abgefunden hat und die Auffassung der Mehrheit einer Organisation respektiert. Damit ist für die Mitglieder dieser Organisation nicht nur das Recht, sondern die Pflicht entstanden, im Sinne der gefassten Verbandstagsbeschlüsse zu wirken, was bei den Wahlen zu den Betriebsräten ebenfalls zum Ausdruck kommen wird. Ich halte es aus diesem Grunde für gänzlich überflüssig, wenn Genosse Müller in der Tagespresse längere Ausführungen zu diesem Thema macht. Wenn er von einer „latenten und akuten Krise“ spricht, die durch das Gesetz über die Betriebsräte zur „Entscheidung“ gebracht werden soll, so kann ich darin nur die gewalttätige Voraussetzungen eines Konfliktes innerhalb der Gewerkschaftsbewegung erblicken. Wenn Müller mit den Richtlinien des Vorstandes des A. D. G. B. nicht einverstanden ist, so kann ich erklären, daß die Berliner Ortsverwaltung des A. D. G. B. diese Richtlinien so weit akzeptiert hat, als sie nicht den Beschlüssen des Stuttgarter Verbandstages und den letzten Entschlüssen des Verbands gegenüberstehen. Ich sehe bei dem Vorkommen des A. D. G. B. nicht die Notwendigkeit voraus, daß er den Funktionären des Deutschen Metallarbeiterverbandes zumutet, gegen die Beschlüsse des Verbandstages bei den kommenden Betriebsratswahlen oder bei einer anderen Gelegenheit zu verstoßen.

Genosse Müller geht aber weiter und sagt: „Wer aber glaubt, die Parteien alle Richtungen innerhalb der Gewerkschaften auf einer Linie vereinigen zu können, der ist wohlrich von seiner Realität zu behaupten. Und wer glaubt, die einzelnen Richtungen innerhalb der Betriebe könnten ihrer Stärke entsprechend bei der Aufstellung der Listen berücksichtigt werden, der hat keine Ahnung, wie es heute in den Betrieben aussieht.“

Er kommt zu dem Schluß, daß nichts anderes übrig bleibe, als den vorhandenen Richtungen das Aufstellen der Listen zu überlassen.

Mit dieser Auffassung wird nicht nur Verwirrung in die Köpfe der Berliner Arbeiterschaft getragen, sondern es muß zu einem Konflikt zwischen den beiden Richtungen kommen, den wir im Interesse der Einheitlichkeit der Gewerkschaften vermeiden wollen. Der Vorstand des Metallarbeiterverbandes hat aus diesem Grunde zwischen den beiden Richtungen innerhalb der Ortsverwaltung Berlin vermittelnd eingegriffen, mit dem Erfolg, daß nach langwierigen Verhandlungen eine Einigung auf dem Boden der Stuttgarter Verbandstagsbeschlüsse zustande kam.

Ich bedauere es sehr, daß Genosse Müller die Bestrebungen des Vorstandes und der Ortsverwaltung dadurch abzuschwächen versucht, daß er sich zu einer Verabschiedung dieser Genossen verhalten läßt. Er betont, daß es einmal ausgesprochen werden müsse, daß Gewerkschaftler, die politisch auf unserem Boden stehen, ihre Aufgabe darin erblicken, wenn sie leitende Funktionen innerhalb der Gewerkschaften erhalten, die Gegensätze verkleinern zu müssen. Ich nein, lieber Genosse Müller, so liegen die Dinge nicht. Wir sind selbstverständlich ebenfalls der Auffassung, daß die vorhandenen Gegensätze ausgeräumt werden müssen; niemanden darf und wird die Möglichkeit genommen werden, für seine Ideen und Ziele innerhalb der Organisation zu wirken. Es kann und darf dies aber keine Veranlassung sein, daß ein großer Teil von Mitgliedern innerhalb der Organisation bei wichtigen Handlungen, wie es ja die Wahlen zu den Betriebsräten sind, vernachlässigt werden, als Sondergruppe aufzutreten zum Schaden der Organisation, zum Nutzen unserer Gegner.

Wir halten es sicher nicht mit der Idee der Arbeitgemeinschaften, sondern werden stets eine rege Propaganda gegen sie entfalten. Wir wollen aber versuchen, die Anhänger der Arbeitgemeinschaft, die zum großen Teil aus neuen ungeschulten Mitgliedern bestehen, aufzuklären und sie ebenfalls zu bewährten Klassenkämpfern zu erziehen. Das ist kein Verkleinern und Lieberwärdern der Gegensätze, sondern praktische Gewerkschaftliche Arbeit, die im Interesse unserer Ziele und Ideale geleistet werden muß. Und darum werden wir Berliner Metallarbeiter und an die getroffene Vereinbarung halten, Betriebsräte heranzubilden, die Kandidaten werden nach den Grundsätzen der Beschlüsse des Stuttgarter Verbandstages und des Verbands erfolgen. Wenn unsere Freunde von der rechten Seite in einzelnen Betrieben auf eine Reihe vereinigen können, dann sollen sie ihrer Stärke entsprechend auch Vertretungen in den Betriebsräten bekommen. Dieser Standpunkt entspricht durchaus den gewerkschaftlichen Grundsätzen. Wir haben den festen Glauben, daß der nächste Verbandstag eine Zusammensetzung haben wird, die es uns ermöglicht, für unsere Ideen, unsere Ziele in Zukunft noch besser wirken zu können, als es bisher der Fall war. Das Genosse Müller die Verwirrung nennt, die Verstreuen, die Einheit der Gewerkschaften zu wahren, wird sich dann als Voraussetzung für dieses weitere planmäßige Wirken im Sinne des Stuttgarter Beschlusses erweisen. In die Einheit der

Wir, das ist auch der Propaganda für eine Gewerkschaftsarbeit nach den Grundsätzen des Klassenkampfes in breiten Schichten der Arbeiterklasse die Möglichkeit verspricht.

Die Beratungen des Wirtschaftsrates.

Am Donnerstag wurden die Beratungen des Wirtschaftsrates beim Reichswirtschaftsministerium zu Ende geführt. Man befaßte sich mit der Frage der Geldbeschaffung für die deutsche Volkswirtschaft, mit den Folgen der Weltwirtschaftskrise und mit den Finanzen des Reichs. Unterstaatssekretär Dr. Dirsch wies auf die ungeheure Höhe der schwebenden Schuld, auf den starken Notenumlauf, auf die Entwertung des Geldes und die damit verbundene außerordentliche Steigerung der Preise für alle Waren hin. Die Staatsausgaben und die Deckung der Staatsschulden müsse durch die Einnahmen des Staates erfolgen. Etwas wichtig sei die Behebung der Kapitalnot. Die allgemeine Unsicherheit im gewerblichen Leben zu beseitigen, müsse die künstlich gesteigerte Kaufkraft und damit die Inflation eingeschränkt werden. Das Unternehmertum könne das Risiko für den Wiederaufbau anderer Wirtschaft nicht allein tragen. Deshalb müsse die Neubildung von volkswirtschaftlichen Produktionsmitteln in gemeinwirtschaftlicher Weise erfolgen. So könne man z. B. die Rohstoffgewinne bei der Ausfuhr erfassen und daraus einen Fonds bilden, der für gemeinwirtschaftliche Zwecke Verwendung zu finden hätte. Eine Treuhänderbank müsse die Verwaltung der gemeinwirtschaftlichen Fonds und die Verwendung der Gelder regeln.

Dr. Hans Jordan setzte hierauf einen Plan auseinander, den er bereits vor einiger Zeit in die Öffentlichkeit gebracht hat. Es soll eine allgemeine Kreditgemeinschaft gegründet werden, die die heimischen Kreditverhältnisse regeln und für die Abtragung von Auslandsschulden, sowie für die Beschaffung von Rohstoffkrediten sorgen soll. Diese Bank solle privaten Charakter tragen. Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums führte als Ursachen für die ungeheure Vermehrung der Reichsschulden die Auswendungen für Lebensmittelaufkäufe, die Defizit in den Staatsbetrieben und die Verschuldungen aus dem Friedensvertrage an.

In der weiteren Aussprache kamen Vertreter der Unternehmer und der Arbeiter zu Wort. Es wurde hierbei mitgeteilt, daß das Reichsarbeitsministerium mit der Aufstellung einer Grundbank für Induzierbare beschäftigt sei, die als Basis für eine gleitende Lohnskala dienen solle. Als Ergebnis der Beratungen wurde festgestellt, daß man allgemein mit der gemeinwirtschaftlichen Kapitalbildung und mit der Zentralisierung des Geldverkehrs mit dem Auslande einverstanden sei. Ein Korridor für den Handel solle nicht eingezogen werden, ebenso wenig wie an eine Devalvation gedacht, die Herabsetzung des Nominalwertes der Geldscheine auf ihren augenblicklichen Wert.

Das Ende des Achtstundentages?

Die „Vollst. Zeitung“ bringt folgende Meldung:

Wie wir hören, ist eine Verhandlung in Vorbereitung, die dahin geht, daß in den Tarifverträgen eine höhere Arbeitszeit eine vorherige schriftliche Genehmigung vereinbart werden kann. Ferner soll es ohne weiteres gestattet werden, daß Änderungen der Arbeitszeit, die durch vorübergehende Störungen, wie Notstand und Ähnliches, hervorgerufen werden, bis zur Grenze der 48-Stunden-Woche wieder ausgeglichen werden können. Endlich sollen vorbereitende Arbeiten für die Betriebsinstandhaltung außerhalb der achtstündigen täglichen Arbeitsdauer gestattet sein.

Das wäre der erste Schritt zur Beseitigung des gesetzlichen Achtstundentages, der bald weitere nach sich ziehen, der vor allem den Verwaltungsverfahren des Kapitals weiten Spielraum geben würde. Wir verlangen sofort eine Neuherung der Regierung, ob die Mitteilung des bürgerlichen Blattes richtig ist.

Die rechtssozialistische Diktatur.

Wir haben nachstehend die Ausführungen des Genossen Dienstke, die in unserem Nationalparlamentarischer Bericht vom Dienstag veröffentlicht wiedergegeben wurden, nach dem Szenogramm wieder, um Mißverständnissen vorzubeugen:

Genosse: Ich habe nur noch auf ein paar Bemerkungen zu antworten, zunächst auf den, meine Partei hätte die Diktatur auf ihre Fahne geschrieben. Damit hat sie nur gesagt, was Herr Dr. Dohd und seine Freunde praktisch tun (Zustimmung bei den U. S.). Sie führen heute in Deutschland die Diktatur an und da müssen sie uns zumuten, daß wir unter peccavi sagen sollen. Herr Dr. Dohd hat sich wirklich hier hingestellt und uns zugewandt, eine Erklärung hier abzugeben, wir sollten uns so und so verhalten, wir sollten gleichmäßig seiner Majestät gehorame Opposition werden. O ein, Herr Dr. Dohd das gibt es nicht! Was wir in unserem Programm gesagt haben, dazu stehen wir und darin steht allerdings etwas von Diktatur. Aber Sie (zum Regierungskreis) wissen doch als Sozialdemokraten sehr genau und haben genügend darüber geschrieben, daß ein gewisser Karl Marx und Friedrich Engels von dieser Diktatur oft gesprochen und geschrieben haben, und daß sie die Diktatur als den notwendigen Zustand hingestellt haben, der aus den kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaftsordnung überführen wird. Die Diktatur meinen auch wir und streben sie an. Das versteht auch die Arbeiterschaft und mich und in unserem Streben unterstützen. (Beifall bei den U. S.)

Die deutsche diplomatische Mission bei Mittl. Mittl empfing am Donnerstag die deutsche diplomatische Mission und erwiderte nachmittags ihren Besuch. „Popolo Romano“ bezeugt das Zusammenreffen als herzlich und höflich.

Sitzungen des Völkerbundesrates. Das erste sichtbare Ergebnis der Sitzungen des Völkerbundesrates, die im vorigen Monat stattfanden, ist bekanntlich die Einberufung einer Konferenz nach Brüssel, die wahrscheinlich Ende April zusammentreten wird, um die finanzielle Lage Europas zu besprechen. Man erwartet, daß auch Deutschland zu dieser Konferenz eingeladen wird. Vor ihrem Zusammentritt wird der Völkerbundrat erst in Rom eine Sitzung abhalten, um dort die Fragen, die sich aus der Organisation des Völkerbundes ergeben, zu behandeln. Eine weitere zu behandelnde Frage wird die der Abrüstung sein.

Weiteres Ausschütteln des französischen Grenzstreifens. Die Streikbewegung nimmt in Frankreich einen immer größeren Umfang an. Die Zahl der ausländischen Bergarbeiter im Pas de Calais wird auf 80.000 angegeben. Es wird allgemein angenommen, daß noch diese Woche auch die Bergarbeiter im Norddepartement in den Aufstand eintreten.

Streik in der französischen Textilindustrie. In der französischen Textilindustrie wurde der Generalstreik proklamiert. Straßenhüterstreik in Wien. In Wien ist aus noch unbekanntem Grund ein Streik der Straßenhüter ausgebrochen.

Die englische Regierung hat beschlossen, Zeitungsberichterstatter, die Angehörige der früher feindlichen Länder sind, nach Großbritannien zuzulassen, wenn aus ihrer Anwesenheit keine Gefahr für das Land erwachsen kann.

Gewerkschaftliches.

Reichstarifverhandlungen in der Lederhandschuhindustrie.

Am 5. und 6. März fanden in Berlin unter Leitung des Referendar's Herrn Dr. R. Weigert vom Reichsarbeitsministerium die Verhandlungen über den Reichstarif für die Handschuhindustrie statt. Vorbehaltlich der Zustimmung der beiderseitigen Organisationsmitglieder wurden nach ziemlich schwierigen Verhandlungen die Arbeitslöhne für alle Arbeiterkategorien neu vereinbart und eine durchschnittliche Erhöhung der gegenwärtigen Löhne um circa 90-115 Proz. erzielt. Den Wünschen der Arbeitnehmer auf Einbeziehung der Näherinnen sowie eine Verbesserung der Urlaubsfrage wurde ebenfalls erreicht. Der Reichstarif soll bis Oktober d. J. in Kraft bleiben, während die geschlichen Verhandlungen mit Wirkung vom 1. Juli durch das Tarifamt unter einem unparteiischen Vorsitzenden einer Revision unterzogen werden sollen.

Die Markthelfer und Bader des Berliner Buchhandels nahmen in einer gut besuchten Versammlung Stellung zu dem am 5. d. M. gefällten Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses bezüglich der Feuerungszulage zu den Löhnen des Tarifvertrages vom 15. 11. 19. Die Versammelten nahmen mit Entschiedenheit davon Kenntnis, daß die Arbeitgeber den Schiedsspruch abgelehnt haben mit der Einschränkung, daß sie die neuen Löhne erst ab 1. März bewilligen wollen, obwohl der Schiedsspruch dies schon ab 16. Februar vorseht, und daß der Arbeitgeberverband, bevor ein Bescheid an den Transportarbeiterverband einliefe, schon an seine Mitglieder Anweisungen in diesem Sinne ergaben ließ. Nach einer lebhaften Diskussion nahmen die Versammelten den Schiedsspruch an; sie beauftragten die Vertrauensleute, in allen Betrieben auf die Zahlung der neuen Löhne ab 16. 2. zu bestehen, da diese neuen Löhne die Arbeitnehmer schon nicht voll befriedigen. Die Vertrauensleute wurde beauftragt, den Schiedsspruch durch den Schlichtungsausschuss beim Demobilisierungskommissar für verbindlich erklären zu lassen.

Zentralverband der Angestellten, Fachgruppe 13. Den Delegierten zur Generalversammlung gehen vor hiermit zur Kenntnis, daß seitens der Firma Bergmann-Heilbrunnwerke Berlin die feindliche Entlassung gegen unseren Kollegen Willi Gese zurückgenommen wurde.

Groß-Berlin.

Rabiate Hausbesitzer.

Der „Bund der Berliner Grundbesitzervereine“ hatte die Delegierten der ihm angeschlossenen 37 Einzelvereine zu einer Sonderprüfung einberufen, um zu der geplanten Erhöhung der Müllabfuhr, der Kanalkationsgebühren und des Wasserzinses Stellung zu nehmen. Der Vorsitzende des Bundes, Stadtverordneter Radendorff, betonte, daß allein diese geplanten Erhöhungen für ein Berliner Haus über 1000 M. jährlich mehr ausmachen würden. Diese Mehrkosten würden sich im Laufe des Jahres mit der Grundsteuer, der Erhöhung der Schornsteinfegergebühren und den neuen Forderungen der Portiers auf circa 3000 M. steigern. Wenn den Hausbesitzern nicht die Gelegenheit gegeben würde, diese Mehrbelastung durch höhere Mieten abzugeben, so wären sie gezwungen, ihre Zahlungsmittellosigkeit zu erklären. In der Diskussion wurde von fast allen Rednern an der Verwaltung der städtischen Güter äußerst scharfe Kritik geübt. 50 Prozent der Gutсарbeiter seien zum mindesten überflüssig, wie auch die Stadt Berlin in ihren Bureaus mindestens 12.000 überflüssige Leute beschäftige. Allgemein wurde empfohlen, daß die Stadt Berlin ihre Güter verpachten solle.

Der Vorschlag eines Redners, eine Kommission der Hausbesitzer zum Wohlfahrtsminister Stegerwald zu entsenden, und von diesem eine Abänderung der Höchstmietenvorordnung zu verlangen, stieß auf Widerspruch. Stadtverordneter Radendorff erklärte, er halte es für unter seiner Würde, zu einem Wort zu gehen, der für sein Amt vollkommen ungeeignet sei.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Delegierten der im Bunde der Berliner Grundbesitzervereine organisierten 18.000 Hausbesitzer haben von den bevorstehenden weiteren Erhöhungen der Müllabfuhr um 60 Prozent, der Kanalkationsgebühren um mehr als 100 Prozent sowie des Wasserzinses von 32 auf 50 Pf. pro Kubikmeter mit großem Bedauern Kenntnis genommen. Wenn sie die Notwendigkeit dieser Erhöhungen an der Hand der gegebenen Zahlen als richtig unterstellen, so müssen sie die Mehrkosten, die für das Haus die Summe von 1000 M. jährlich weit übersteigen, ablehnen, und zwar so lange, als ihnen nicht die Möglichkeit gegeben wird, diese dauernd steigenden, unerschwinglichen Hauslasten sofort auf die Miete abzumalen. Die Hausbesitzer bekunden sich durch die gegen sie erlassenen Zwangsbestimmungen in einer verzweifelten Lage, die sie außerstande setzt, diese Lasten ohne Abmildung noch weiter tragen zu können.“

Nun die Mietserhöhungen nicht mehr so willkürlich angesetzt werden kann, wie früher, erklären die Hausbesitzer nicht zahlen zu können oder nicht zahlen zu wollen, also zu streiken mit ihren Klagen. Es wird ihnen aber nicht viel nützen. In Wirklichkeit haben doch zahlreiche Hausbesitzer die Konjunktur gut auszunutzen verstanden, und verstehen es noch.

In der Warnung des Magistrats vor einem Mieterstreik teilte uns der Mieterverband Groß-Berlin mit, daß der Magistrat gut getan hätte, vorher den Mieterverband zu hören. Er hätte zu diesem Falle dem Magistrat darüber Auskunft gegeben, daß solche Maßnahmen von ihm gar nicht beabsichtigt waren, sondern daß der Verband im Sinne der Anordnung des Wohlfahrtsministeriums handeln wollte.

Mitteilung der Groß-Berliner Arbeiterschaft. Am Sonnabend, den 13. März, abends 6 Uhr, findet im Zimmer 27 der Schule Damer der Garnfächer die letzte Besprechung über wissenschaftliche Arbeitsmethoden (Lernsystem) statt. Es sollen Vorträge zur Diskussion gestellt werden, die die bisherigen Ergebnisse der Besprechungen festlegen und später zur Veröffentlichung gelangen sollen. Am Mittwoch, den 17. März, müssen alle Kurse ausfallen.

Einschulung in Neuhäus. Für die bevorstehende Einschulung der Verbannten seien die Eltern darauf aufmerksam gemacht, daß es sich empfiehlt, vorläufig von der Beschaffung einer

